

Vertrag
zur Änderung des Kooperationsvertrages mit Stand vom 19.11.2009

zwischen dem Landkreis Heilbronn als Aufgabenträger für den straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 ÖPNVG BW und als zuständige Behörde gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007

– nachfolgend „Landkreis“ genannt –

und der
Heilbronner-Hohenloher-Haller Nahverkehr Gesellschaft mbH

– nachfolgend „HNV“ genannt –

und den
Verkehrsunternehmen

Bauer-Reisen, Werkstraße 1/1, 75031 Eppingen

Busverkehr Rhein-Neckar GmbH (BRN), Gutschstraße 4, 76137 Karlsruhe

Regional Bus Stuttgart (RBS), Gutschstraße 4, 76137 Karlsruhe

Friedrich Gross OHG, Weinsberger Straße 43, 74072 Heilbronn

Omnibusverkehr Hans Heinrich, Maulbronner Straße 10,
75031 Eppingen-Kleingartach

Busverkehr Hofmann GmbH, Obere Mühle 3-10, 74906 Bad Rappenau-Bonfeld

Müller Reisen, Wilhelm Müller GmbH & Co. KG,
Deutzstraße 2-12, 74252 Massenbachhausen

Nahverkehr Hohenlohekreis (NVH), Bahnhofstraße 8, 74653 Künzelsau

Südwestdeutsche Landesverkehrs-AG (SWEG), Rheinstraße 8, 77933 Lahr

Omnibus-Verkehr Ruoff GmbH, Seewiesenstraße 19-23, 71334 Waiblingen

Omnibusverkehr Zügel GmbH, Spohnweg 1, 71543 Wüstenrot

– gemeinsam bezeichnet als „die Vertragsparteien“ –

Präambel

Durch Inkrafttreten der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 am 03.12.2009 und die Novellierungen des Personenbeförderungsgesetz (PBefG) zum 01.01.2013 und des Gesetzes über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs des Landes Baden-Württemberg (ÖPNVG BW) zum 01.01.2018 sind grundlegende Rechtsänderungen erfolgt. Der vorliegende Vertrag ist eine allgemeine Vorschrift gemäß den Vorgaben des § 16 Abs. 1 Satz 3 ÖPNVG BW und stellt in dieser Umbruchphase eine Übergangsregelung dar, um eine ausreichende Verkehrsbedienung durch die Rabattierung der Ausbildungsverkehre gemäß § 16 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 6 ÖPNVG BW ab dem Jahr 2018 sicherzustellen. Ab dem 01.01.2021 wird eine Anpassung an die o.g. Rechtsänderungen im Landkreis Heilbronn erfolgt sein.

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Die Verkehrsunternehmen verpflichten sich, die Rabattierung für Zeitkarten im Ausbildungsverkehr gemäß dem HNV-Verbundtarif beizubehalten (gemeinwirtschaftliche Tarifverpflichtung).
- (2) Der Landkreis zahlt für die in seinem Zuständigkeitsgebiet erbrachte Beförderung von Auszubildenden mit rabattierten Zeitkarten einen Ausgleich.

§ 2 Höhe Ausgleichsleistungen

- (1) Die voraussichtlichen Ausgleichsleistungen werden für jedes Kalenderjahr (Abrechnungsjahr) vom Landkreis unter Mitwirkung des HNV vorab festgelegt.
- (2) Die voraussichtlichen Ausgleichsleistungen für Schülerkarten und Semestertickets im Jahre 2018 sind für jedes Verkehrsunternehmen in der Anlage enthalten.
- (3) Die voraussichtlichen Ausgleichsleistungen für 2019 und 2020 werden spätestens bis zum 28. Februar des entsprechenden Kalenderjahres durch den Landkreis unter Mitwirkung des HNV festgelegt. Die Summe der Ausgleichsleistungen in diesen Jahren übersteigt nicht den prognostizierten Wert für das Jahr 2018 gemäß der Anlage.
- (4) Soweit unterjährig Linienverkehrsgenehmigungen von einem Verkehrsunternehmen auf dem Territorium des Landkreises auf ein anderes Verkehrsunternehmen wechseln, sind die Ausgleichsleistungen anteilig anzupassen (auch bezüglich kreisübergreifender Verkehre). Dasselbe gilt bei Betriebsübertragungen.

§ 3 Vorauszahlungen

Die Ausgleichsleistungen gemäß der Anlage werden vom Landkreis im Kalenderjahr an die Verkehrsunternehmen zu folgenden Terminen geleistet:

- a. 45 % zum 15. Juli
- b. 45 % zum 15. November

§ 4 Überkompensationskontrolle und Schlussabrechnung

- (1) Bis spätestens 31. März des Folgejahres legt jedes Verkehrsunternehmen dem Landkreis einen Prüfvermerk eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters vor, ob die Schlusszahlung in Höhe von 10 % zu einer beihilfenrechtswidrigen finanziellen Überkompensation des Verkehrsunternehmens führen würde oder bereits die Vorauszahlungen zu einer finanziellen Überkompensation geführt haben (Ermittlung des finanziellen Nettoeffekts).
- (2) Der Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater bestätigt, dass er für seine Prüfung die Vorgaben im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 zu Grunde gelegt hat.
- (3) Auf der Grundlage des Prüfvermerks des Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters wird die Schlusszahlung in voller Höhe oder anteilig durch den Landkreis geleistet. Soweit bereits die Vorauszahlungen zu einer beihilfenrechtswidrigen finanziellen Überkompensation eines Verkehrsunternehmens geführt haben, erfolgt eine Verrechnung in Höhe der festgestellten Überkompensation mit den Vorauszahlungen für das Folgejahr. Werden für das Jahr 2020 finanzielle Überkompensationen festgestellt, erfolgt eine Rückforderung durch den Landkreis.

§ 5 Anreiz für Qualität und Wirtschaftlichkeit

Das Verkehrsunternehmen trägt aufgrund der Schülerbeförderungssatzung des Landkreises wegen der Selbstzahler und der zu tragenden Eigenanteile im Ausbildungsverkehr ein gesteigertes Ertragsrisiko aus den Erlösen für rabattierte Ausbildungsverkehre. Dies bewirkt sowohl einen Anreiz zur Steigerung der Qualität zur Gewinnung von Fahrgästen im Ausbildungsverkehr als auch eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit.

§ 6 Vertragsänderungen

- (1) Die Regelungen im Kooperationsvertrag zu § 45a PBefG werden außer Kraft gesetzt.
- (2) Die im Kooperationsvertrag enthaltene Bestimmung zu § 148 SGB IX wird durch die Bestimmung des § 231 SGB IX ersetzt.

§ 7 Schlussbestimmungen

- (1) Dieser Vertrag tritt mit der Unterzeichnung der Vertragsparteien rückwirkend zum 1. Januar 2018 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2020.
- (2) Die Anlage, auf die im Text verwiesen wird, ist Bestandteil des Vertrages.
- (3) Für die Abwicklung des Vertrages gilt das Landesverwaltungsverfahrensgesetz.
- (4) Die Ausgleichsleistungen auf der Grundlage dieses Vertrages werden als echte, nicht steuerbare Zuschüsse ohne Umsatzsteuer geleistet, weil sie nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit einzelnen Beförderungsleistungen stehen.